

DISKURS

Das Wissenschaftsnetz

Medienmappe

zum virtuellen Mediengespräch:

Wenn das Geld nicht mehr reicht - Zu den Auswirkungen steigender Lebenshaltungskosten auf die (Energie-)Armut in Österreich

17. November 2022, 10:00 Uhr

Die aktuell steigenden Lebenshaltungskosten stellen Gesellschaften vor enorme Herausforderungen. Im Oktober 2022 stiegen Verbraucherpreise in Österreich geschätzt um 11 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Diese Teuerung, die vor allem, aber nicht ausschließlich, auf steigende Energiepreise zurückzuführen ist, trifft jedoch nicht alle gleichermaßen. Besonders hart trifft sie jene Menschen, die sich zuvor in schwierigen finanziellen Lagen befanden: arme und armutsgefährdete. Somit besteht die Gefahr, dass bestehende soziale Ungleichheiten und Notlagen durch die Preissteigerungen weiter verschärft werden. Ein eindrückliches Beispiel stellt die Energiearmut dar. Dieses vielgestaltige Problem gewinnt vor dem Hintergrund steigender Energiepreise und dem Beginn der Heizsaison an trauriger Brisanz.

Das von *Diskurs. Das Wissenschaftsnetz* organisierte Mediengespräch greift diese hochaktuellen Thematiken aus wissenschaftlicher Perspektive auf und präsentiert Ergebnisse einer Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) zu den Auswirkungen steigender Lebenshaltungskosten auf die Armutsgefährdung der Bevölkerung in Österreich. Das Gespräch gibt zudem einen evidenzbasierten Einblick in aktuelle Entwicklungen der Energiearmut(sgefährdung) im Land und beleuchtet Hintergründe sowie unterschiedliche Betroffenheiten verschiedener Gruppen. Ausgehend von der vorgestellten wissenschaftlichen Evidenz zu (Energie-)Armut werden mögliche Gegenmaßnahmen diskutiert.

Inputs:

[Mag.^a Christine Mayrhuber](#) (WIFO): Wie sich steigende Lebenshaltungskosten auf die Armut(sgefährdung) in Österreich auswirken

[Dr.ⁱⁿ Christina Friedl](#) (Energieinstitut Linz): Gefahr der Energiearmut wächst in Österreich

Moderation: *Dr.ⁱⁿ Carina Altreiter (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)*

Mag.^a Christine Mayrhuber: Wie sich steigende Lebenshaltungskosten auf die Armut(sgefährdung) in Österreich auswirken

Österreich erlebt – wie Europa insgesamt – eine Phase der steigenden Preise. Für das Jahr 2022 rechnet das WIFO mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um +8,3%. Mit einer Rückkehr auf die Anstiege der Vorjahre (+2,3% im Jahr 2021 gegenüber 2020) rechnen weder die nationalen Forschungsinstitute noch die EZB.

Durch die unterschiedlichen Konsumniveaus und Konsumausgabenstrukturen der Haushalte in Abhängigkeit ihrer Einkommenshöhe sind Haushalte mit geringeren Einkommen, und damit armutsgefährdete oder arme Haushalte, stärker von den Preissteigerungen betroffen. Es ist unbestritten, dass für Personen und Haushalte ohne finanzielle Ersparnisse die steigenden Preise mit neuen Entbehren verbunden sind, während die Preisanstiege für Haushalte im oberen Einkommensbereich zu keinen Einschränkungen führen.

Diese Einschränkungen lassen sich mit dem Konzept der Armutsgefährdungsquote nicht entsprechend erfassen. Die Armutsgefährdung beruht auf einem Einkommenskonzept, sie setzt die verfügbaren Haushaltseinkommen in Relation zum medianen Durchschnitt der Haushaltseinkommen. Steigende Preise ändern zunächst die Einkommenshöhen und Einkommensrelationen nicht, sondern ausschließlich die Konsummöglichkeiten. Indikatoren, die auf Einkommen beruhen, bleiben ceteris paribus per Definition von Preisentwicklungen unberührt.

Als konsumbasierter Armutsindikator kann die materielle Deprivation herangezogen werden. Diese beschreibt die Nichtleistbarkeit von Gütern bzw. Schwierigkeiten für bestimmte Ausgaben aufkommen zu können. In Übereinstimmung mit der Europäischen Definition erfasst Statistik Austria dazu neun Bereiche¹. Treffen vier von ihnen zu, weist der Haushalt erhebliche Entbehren auf.

Schon 2020 waren rund 6% der Bevölkerung in Österreich, das sind rund 554.000 Personen, materiell depriviert, und die Hälfte von ihnen (3% der Bevölkerung, rund 233.000 Personen) sogar erheblich depriviert.

Die aktuellen Preisentwicklungen stellen nicht nur für diese Haushalte eine Verschlechterung ihrer Lage dar, sondern reduzieren den Lebensstandard der Haushalte in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung.

Neben den laufenden Unterstützungsmaßnahmen befindet sich Wirtschaft und Gesellschaft an einem Punkt, an dem es strukturelle Neuerungen braucht, die im Gespräch kurz skizziert werden.

Quelle:

Fink, M., Mayrhuber, C. & Rocha-Akis, S. (2022): Steigende Lebenshaltungskosten und Armut, WIFO Research Briefs. https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/re-sources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=69632&mime_type=application/pdf

¹ Dazu zählen Schwierigkeiten Hypotheken- oder Mietaufwendungen oder Rechnungen für Versorgungsleistungen oder unerwartete zu begleichen, angemessene Beheizung der Wohnung, regelmäßige fleisch- oder eiweißhaltige Mahlzeiten, Urlaubsreisen, Fernseher, Waschmaschine, Auto und Telefon

Dr.ⁱⁿ Christina Friedl: Gefahr der Energiearmut wächst in Österreich

Die aktuelle Energiepreiskrise betrifft mittlerweile breite Bevölkerungsschichten. Viele Haushalte sehen sich mit erhöhten Rechnungen für die Strom- und Gasversorgung konfrontiert – aber auch andere Energieträger wie Benzin, Diesel, Brennholz oder Pellets weisen signifikante Preissteigerungen auf. Besonders einkommensschwache Haushalte sind von den hohen Energiekosten stark betroffen, da sie überproportional viel des Haushaltseinkommens für Energie aufwenden. Aus diesem Grund ist die Energiearmutsdebatte auch in Österreich wieder ins Zentrum der Diskussion gerückt.

Derzeit gibt es keine allgemeingültige Definition von Energiearmut; auch die Datenlage dazu ist nicht optimal, wodurch es schwierig ist, vulnerable Gruppen eindeutig zu identifizieren und hinsichtlich ihrer Betroffenheit zu analysieren. Allerdings können Erhebungen der Statistik Austria (Mikrozensus Energie, EU-SILC) herangezogen werden, um zumindest Tendenzen des Ausmaßes der Betroffenheit abzuleiten. In der klassischen Literatur zu Energiearmut werden dabei häufig drei Hauptursachen beschrieben: (1) schlechte Energieeffizienz, (2) niedriges Einkommen und (3) hohe Energierechnungen. Die Nicht-Leistbarkeit einer angemessenen Menge an Energie für Wohnen, bzw. die Notwendigkeit, einen unverhältnismäßig hohen Anteil der Haushaltsausgaben für Energiekosten aufzuwenden, sind zwei unterschiedliche Ansätze, um Energiearmut in Österreich zu messen.

Eine wesentliche Dimension von Energiearmut stellt hierbei das verfügbare Einkommen dar. Dabei zeigt sich, dass besonders einkommensschwache Haushalte gefährdet sind. Der Anteil an Energiearmut in Österreich bei Personen, die unter 60% des Medianeinkommens verdienen, lag 2021 bei 4.6%. Laut der aktuellsten Berechnung der EU-SILC-Datenerhebung waren im Jahr 2021 rund 1,7% der Österreicher*innen nicht in der Lage, die Wohnung adäquat warm zu halten und somit von Energiearmut betroffen. Studien legen nahe, dass Menschen in dieser prekären Situation bereits verschiedene Coping-Strategien anwenden und häufig ihren Energieverbrauch auf ein Minimum beschränken. Aufgrund der Inflation, die viele Bereiche des Lebens betrifft, kann angenommen werden, dass die Leistbarkeit von Energie für einen größeren Teil der Bevölkerung zum Problem wird. Zusätzlich sinkt der Handlungsspielraum, um weitere Einsparungen zu treffen, bei bereits Betroffenen zunehmend, wodurch auch Zahlungsausfälle steigen könnten. Aufgrund der aktuellen Energiepreisentwicklungen ist es wahrscheinlich, dass dieser Wert auch weiter zunimmt, wenn keine (weiteren) zielgenauen Gegenmaßnahmen erfolgen. Der steigende Druck auf die Mittelschicht ist ein Phänomen, das in vielen Ländern aktuell untersucht wird.

Von Energiearmut betroffenen Haushalten fehlt jedoch häufig die Möglichkeit, Energie zu sparen oder Effizienzsteigerungen zu erzielen, da diese häufig mit relativ hohen Anfangs-Investitionen einhergehen. Armutgefährdete Haushalte leben zudem eher in schlecht isolierten Wohnungen, wodurch die Heizkosten pro Quadratmeter überproportional hoch ausfallen. Aufgrund des Mietverhältnisses sowie der finanziellen Situation sind die Handlungsmöglichkeiten Energie zu sparen häufig limitiert.

Derzeit beobachten wir in verschiedenen europäischen Staaten, dass die Wahrscheinlichkeit, von Energiearmut betroffen zu werden, stark ansteigt. Diesmal aber sind zusätzlich Einkommensgruppen aus der unteren Mittelschicht von dieser Gefahr bedroht. Aufgrund der aktuellen Krise sind kurzfristige finanzielle Hilfen, wie beispielsweise aus dem Stromhilfefonds des Verbunds/der Caritas notwendig. Darüber hinaus müssen aber auch langfristige Strategien zum Tragen kommen, welche die Ursachen von Energiearmut fundamental und nachhaltig adressieren. Konkret bedeutet dies, dass Haushalte Energieberatungen erhalten und ein Gerätetausch angeboten wird. Wichtig

ist es aber auch, dass bei Zahlungsverzug die Energieversorgung aufrecht bleibt und Energieabschaltpräventionen (wie es am Beispiel Linz AG/Energie AG positiv realisiert wird) ausgebaut werden. Im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels und die damit verbundenen Risiken für Mensch und Gesellschaft werden in Zukunft noch umfassendere Maßnahmen und Mechanismen benötigt werden, die die Resilienz der österreichischen Gesellschaft stärken und ein gesundes Miteinander fördern.

Ausgewählte Literatur:

Friedl, C. (2013). Energiearmut in privaten Haushalten Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz im Wohnbereich zur Entlastung einkommensschwacher Gruppen in (Ober)Österreich [Dissertation]. Johannes Kepler Universität Linz.

Brunner, K. M., Spitzer, M., & Christanell, A. (2012). Experiencing fuel poverty. Coping strategies of low-income households in Vienna/Austria. *Energy Policy*, 49, 53-59.

Atanasiu, B., Kontonasiou, E., & Mariottini, F. (2014). Alleviating fuel poverty in the EU.

Churchill, S. A., Smyth, R., & Farrell, L. (2020). Fuel poverty and subjective well-being. *Energy Economics*, 86, 104650.

Shang, B. (2021) The Poverty and Distributional Impacts of Carbon Pricing: Channels and Policy Implications, IMF Working Paper WP/21/172

Boardman, B. (2013). Fixing fuel poverty: Challenges and solutions. Routledge.

EPAH. (2021). Tackling energy poverty through local actions: Inspiring cases from across Europe. Energy Poverty Advisory Hub. https://energy-poverty.ec.europa.eu/system/files/2021-11/EPAH_inspiring%20cases%20from%20across%20Europe_report_0.pdf

European Commission. (2022). In focus: How can the EU help those touched by energy poverty?

Faiella, I., & Lavecchia, L. (2021). Energy poverty. How can you fight it, if you can't measure it? *Energy and Buildings*, 233, 110692. <https://doi.org/10.1016/j.enbuild.2020.110692>

IEA. (2020). Austria 2020: Energy policy review. International Energy Agency.

Matzinger, S., Heizmann, K., & David, E. (2018). Studie zur Eruierung einer Definition von Energiearmut in Österreich aus Sicht der sozialwirtschaftlichen und energie-wirtschaftlichen Praxis. Federal Ministry of Social Affairs, Health, Care and Consumer Protection. www.sozialministerium.at/dam/jcr:d7d414ea-a6c5-49db-9b83-ac2e806b6e98/studie_energiearmut_endversion.pdf

Statistik Austria (Hrsg.). (2017). Haushaltsenergie und Einkommen mit besonderem Fokus auf Energiearmut: 2014. Statistik Austria.

Statistik Austria (Hrsg.). (2019). Energiearmut in Österreich 2016: Haushaltsenergie und Einkommen. Statistik Austria.

Statistik Austria (Hrsg.). (2021). Erweiterte Betrachtung der Energiearmut in Österreich 2018: Hohe Energiekosten bzw. Nicht-Leistbarkeit von Energie für Wohnen. Statistik Austria.

Über die ExpertInnen

(in alphabetischer Reihenfolge)

Dr.ⁱⁿ Christina Friedl ist Senior Researcher am [Energieinstitut an der Johannes-Kepler-Universität Linz](#). Schwerpunktmäßig beschäftigt sie sich mit der qualitativ empirischen Analyse von sozialen und gesellschaftlichen Aspekten (z.B. hinsichtlich der Akzeptanz und Verteilungseffekte) energieeffizienter Technologien/Systeme. Weiters befasst sie sich mit Fragen der Energiearmut sowie mit Gender & Diversity Aspekten im Energieforschungsbereich. friedl@energieinstitut-linz.at

Mag.^a Christine Mayrhuber ist Ökonomin am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). Sie forscht zu Fragen der Einkommensentwicklung und Einkommensverteilung, Struktur und Finanzierung der Pensionsversicherung sowie zu Umverteilungswirkungen sozialstaatlicher Strukturen. christine.mayrhuber@wifo.ac.at

Kontakt für Rückfragen

Danyal Maneka, BA MA

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

+43 650 30 11 27 3

maneka@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Dr. Manfred Krenn

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

+43 677-620 44 303

krenn@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Eine Veranstaltung von [Diskurs. Das Wissenschaftsnetz](#)

Über Diskurs

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz engagierter Wissenschaftler*innen in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an: <https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>